Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum

Herausgeber: Forum Helveticum

Band: 11 (2002)

Artikel: Kleine Länder in der EU - "quantité négligeable" oder vollwertige Partner? Über Luxemburgs Erfahrungen in und mit der EU

Autor: Kirt, Romain

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-832874

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KLEINE LÄNDER IN DER EU – «QUANTITÉ NÉGLIGEABLE» ODER VOLLWERTIGE PARTNER? ÜBER LUXEMBURGS ERFAHRUNGEN IN UND MIT DER EU

Romain Kirt

Man hat nach dem 6. Dezember 1992 – jenem Tag, an dem in der Schweiz über den EWR-Beitritt abgestimmt wurde – wiederholt und gerne darauf hingewiesen, dass eine Mehrheit der Schweizer sich gegen diesen Beitritt und somit auch gegen einen späteren Beitritt zur EU ausgesprochen haben. So gross war aber diese Mehrheit gar nicht. Es war vielmehr eine äusserst knappe Mehrheit, die auch anders interpretiert werden kann, nämlich: Es waren fast 50 Prozent der Schweizer, die *für* den EWR-Beitritt gestimmt haben. Vergleichen wir diese Ergebnisse mit den Resultaten des dänischen oder des französischen Votums über den Maastrichter Vertrag, dann gelangen wir zu dem erstaunlichen Schluss, dass sich die Zustimmung zur EU in einigen EU-Mitgliedstaaten nicht sonderlich von der Zustimmung zur EU in der Schweiz unterscheidet. Auch innerhalb der EU gibt es Retizenzen gegenüber der EU, auch innerhalb der EU ist die Quote der Befürworter nicht überall gleich hoch.

Dieser Vergleich hilft den Befürwortern eines Schweizer Beitritts zur EU zunächst nicht viel weiter, denn die Schweiz ist, im Gegensatz zu den EU-Staaten, in denen die Zahl der EU-Skeptiker recht ansehnlich ist, trotzdem nicht Mitglied. Die ablehnende Haltung gegenüber der EU in einigen Mitgliedstaaten basiert indes auf den gleichen Vorwürfen oder Argumenten, die auch in der Schweiz vorgebracht werden, wenn es darum geht, die helvetische *Opinion publique* in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der EU zu stärken. Wir alle kennen die Argumente der Beitrittsgegner, die ich kurz kommentieren werde.

1. Die EU ist bürokratisch.

2. Die EU ist undemokratisch.

3. Die EU ist ein Direktorium der Grossen.

4. Die EU ist eine Krisengemeinschaft.

1. Die EU ist bürokratisch

- Es gibt weniger Beamte bei der EU-Kommission als in der Stadtverwaltung von Paris: In Brüssel sind etwa 17'000 Beamte zuständig für die Verwaltung von 370 Millionen EU-Bürgern.

- Wo verwaltet wird, herrscht ein gewisses Mass an Bürokratie – das ist doch auch in Bern und in anderen europäischen Hauptstädten so.

2. Die EU ist undemokratisch

- Ist die EU nicht vielleicht deshalb nur undemokratisch, weil sie nicht nach dem Demokratieverständnis der Schweiz funktioniert, durch das, nebenbei bemerkt, viele Zukunftsprojekte blockiert werden (Stichwort: Ständemehr)?

- Und wäre sie tatsächlich so undemokratisch, wie immer behauptet wird, welches Interesse hätten dann demokratische Staaten wie Deutschland, Frankreich, Luxemburg usw. noch weiter dabei zu sein?

- Länder, die das Prinzip der Demokratie nicht achten, können nicht Mitglied werden (Stichwort: Kopenhagener Kriterien).

- Bei Abstimmungen wird auf nationale Eigenheiten und spezifische Interessen einzelner Mitgliedstaaten immer Rücksicht genommen, gerade dann, wenn es sich dabei um kleinere Staaten handelt.

3. Die EU ist ein Direktorium der Grossen

- Wäre sie das, welches Interesse hätten dann die Kleinen (die in der Mehrheit sind) weiter mitzumachen?

- Die EU ist eine Solidargemeinschaft (Betonung: Gemeinschaft).

- Rotationsprinzip bei Ratspräsidentschaft; die Kleinen machen oft bessere Präsidentschaften als die Grossen.

- Die Grossen sind auf «Go-between-Funktion» der Kleinen oftmals angewiesen, um eigene Positionen/Interessen überhaupt zur Sprache zu bringen.

- Die Kleinen stellen den Präsidenten der Kommission genau so oft wie die Grossen.

4. Die EU ist eine Krisengemeinschaft

Krisen und auch das dazu gehörende Krisengerede bringen die EU-Europäer eigentlich nicht mehr aus der Ruhe. Es vergeht ja kaum noch eine Woche, in der nicht irgendein Politiker, also ein am europäischen Integrationsprozess direkt Beteiligter, oder ein Journalist, sprich ein das Integrationsgeschehen aus kritischer Distanz Betrachtender, eine Krise in der Europäischen Union ausmacht. Jede noch so banale bilaterale Meinungsverschiedenheit zwischen zwei EU-Mitgliedstaaten reicht heutzutage aus, um wochenlange öffentliche Diskussionen über eine erneut bevorstehende oder schon ausgelöste und deswegen wohl kaum mehr zu meisternde EU-weite Krise loszutreten.

Durch die häufige (zu häufige?) Verwendung des Begriffes «Krise» – Institutionenkrise, Finanzkrise, Haushaltskrise, Subventionskrise, Orientierungskrise, Legitimationskrise usw. – gerät der Begriff selbst in die Inflation. Zudem entsteht beim unbeteiligten Beobachter auch der – gar nicht mal so falsche – Eindruck, dass der Versuch, Europa zu einen, von einer ständig wachsenden Zahl von Krisen begleitet wird und dass die unzähligen EU-Krisen zu den wesentlichsten Bestandteilen des europäischen Integrationsprozesses gehören.

Die Geschichte der europäischen Integration ist eine Geschichte von Krisen, vom Umgang mit Krisen (von Krisenmanagement also) und von der Überwindung von Krisen. Die Geschichte der europäischen Integration ist aber auch und vor allem – so will es nicht nur die offizielle Darstellung der Integrationsgeschichte – eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Allerdings interessieren die integrationspolitischen Erfolge, die EU-Europa seit Beginn der fünfziger Jahre zu verzeichnen hat, die europäische Öffentlichkeit in weitaus geringerem Masse als die Misserfolge und Rückschläge, die der europäische Einigungsprozess unweigerlich auch erlebt hat. Hinzu kommt, dass in den Medien viel weniger und weniger gerne (*good news is no news*) über die europa- und integrationspolitischen Erfolge berichtet wird. Die Behandlung der EU-Thematik durch die Medien ist innerhalb der letzten zehn Jahre zu einem regelrechten Krisenatlas avanciert: Subventionsbetrug, Vetternwirtschaft, Institutionenkriege und Personalintrigen lassen sich halt medial wesentlich besser vermarkten als die zahlreichen kleinen Teilerfolge in den unterschied-

lichsten politischen Sachgebieten, die den Weg der europäischen Integration pflastern.

Die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses ist, wie gesagt, eine Geschichte sowohl von Erfolgen, als auch von Krisen bzw. eine Geschichte von Erfolgen und Krisen zugleich. Beides, Erfolg und Krise, sind zwei inhärente Bestandteile des europäischen Integrationsprozesses; sie sind die zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Mehr noch: zahlreiche integrationspolitische Erfolge und Fortschritte wären ohne die ihnen vorausgehenden Krisen gar nicht möglich gewesen. Ohne de Gaulles «Politik des leeren Stuhls» wäre der für die Entscheidungsfindung auf EU-Ebene heute so wichtige *Luxemburger Kompromiss* gar nicht erst zustande gekommen. Auch ohne die zahlreichen externen Krisen – hier seien paradigmatisch die diversen Währungskrisen genannt, die sich direkt auf die Mitgliedstaaten der EG/EU auswirkten – wäre die für die wirtschaftliche Zukunft Gesamteuropas unentbehrliche Währungsunion wohl bis heute noch nicht verwirklicht worden.

Krisen, ob endogene oder exogene, waren also seit jeher von vitaler Bedeutung für den europäischen Einigungsprozess. Krisen hatten im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses schon immer eine Katalysatorenfunktion: Sie haben den europäischen Einigungsprozess stets vorangetrieben. Das liegt in ihrem ureigenen Wesen, denn Krisen sind ja *per definitionem* Abschnitte eines Entwicklungsprozesses, in denen sich nach einer Zuspitzung der Situation die weitere Entwicklung entscheidet (griech. *Crisis* = Entscheidung). Und die EG bzw. die EU ist aus all ihren Krisen, die sie in ihrer nunmehr fast 50jährigen Geschichte hat durchmachen müssen, stets gestärkt hervorgegangen. Und so stellt denn auch jede integrationspolitische Krise einen ganz spezifischen, den Um- oder erneuten Aufschwung einleitenden Wendepunkt im europäischen Einigungsprozess dar.

Kleine Länder in der EU – Paradigma Luxemburg

Kleine Staaten haben in der EU ebenso grosse Mitspracherechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten wie grosse Staaten. Mehr noch: Kleine Länder haben in der EU oft mehr Macht und Einfluss als grosse Staaten, weil man ihnen eines mit Sicherheit nicht unterstellen kann, nämlich: Hegemonialdenken und Hegemonieansprüche.

Schon Sebastian Haffner hatte erkannt: «Kleinstaaten und Grossmächte leben nach unterschiedlichen aussenpolitischen Lebensgesetzen. Der Kleinstaat sucht Anlehnung oder Neutralität. Er kann nie versuchen, durch eigene Machtpolitik sein Los zu verbessern.»

Uns interessieren hier insbesondere zwei Aspekte, nämlich:

1. Die Rolle, die kleinere Staaten in einer erweiterten EU künftig spielen können.

2. Die Mitbestimmungsrechte, die Kleinstaaten in einem immer enger zusammenwachsenden Europa in Zukunft haben werden.

Ausgehend von der bevorstehenden EU-Osterweiterung müssen wir unser Augenmerk zum einen auf die im Zusammenhang mit der *Deepening/ Widening-Debatte* auftauchenden Probleme der Kleinstaatlichkeit richten und zum anderen auf die der Kleinstaat-Thematik inhärente Dichotomie «kleine Staaten – grosser Einfluss». Ganz allgemein geht es also um die Beantwortung der, so gesehen, eigentlich eher banalen, aber dennoch – oder gerade deswegen – äusserst komplexen Frage, wie kleinere und deshalb vermeintlich politisch schwächere Staaten ihre nationalen wirtschaftlichen und politischen Interessen gegenüber grösseren Staaten sowohl auf bilateraler Verhandlungsebene, als auch in internationalen Organisationen und supranationalen Institutionen verteidigen und durchsetzen können.

In diesem Zusammenhang kommt Luxemburg eine besondere Rolle zu. Aufgrund seiner aktiven internationalen Partizipation, seines resoluten Mitwirkens am europäischen Integrationsprozess, seiner geschätzten Kooperation in diversen inter- und supranationalen Institutionen, seiner positiven Erfahrungen mit der vertragsrechtlich verankerten Abtretung von nationalen Souveränitätsrechten und aufgrund des klugen aussen- und europapolitischen Taktierens seiner Politiker, hat Luxemburg nämlich nicht nur paradigmatischen Stellenwert für andere – europäische und nicht-europäische – Kleinstaaten, sondern auch und vor allem eine gewisse Modellfunktion für alle kleinen Staaten in Europa, die in den kommenden Jahren Mitglied der EU werden wollen.

Die vertragsrechtlich verankerte Rücksichtnahme auf die sehr oft ganz spezifischen politischen Interessen der kleinen EU-Staaten und der – wiewohl juri-

stisch nicht abgesicherte, aber *de facto* doch vorhandene – Respekt der wirtschaftlichen Prioritäten der kleinen Mitgliedstaaten sowie der bewusste und freiwillige Verzicht der grossen EU-Länder auf «ein allzu ungeniertes Ausspielen ihrer Machtüberlegenheit» (Hans Geser) haben die luxemburgischen Politiker stets dazu bewogen, die Mitgliedschaft Luxemburgs in den Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG und EURATOM) nie in Frage zu stellen.

Aufgrund seiner langjährigen und durchweg positiven Erfahrungen als EG- bzw. EU-Mitglied, aber auch durch das betont pro-europäische Auftreten seiner Politiker (dessen Authentizität niemals in Frage gestellt wurde), und durch das unerschütterliche Festhalten an seinem Engagement gegenüber dem europäischen Integrationsprozess ist Luxemburg zu einem Musterbeispiel für erfolgreiche internationale Partizipation kleiner Staaten aufgerückt und zu einer Leitfigur mit Paradigma-Funktion für alle europäischen Kleinstaaten geworden, besonders aber für jene, die die in absehbarer Zukunft Mitglied der EU werden wollen.

«Luxemburg wird dabei», so Jacques Santer, «vornehmlich die Rolle eines politischen Seelenarztes spielen müssen, denn die meisten Länder, die an einer EG-Mitgliedschaft interessiert sind, leiden an einem Angstphänomen, das man als ‹Supranationalitätsphobie› bezeichnen könnte, und dessen Symptome die drei folgenden sind:

- Angst vor dem Verlust der Souveränität.
- Angst vor dem Verlust der nationalen Identität.
- Angst vor dem Verzicht auf Neutralität.

Die kleinen EG-Anwärter können sich von diesen Psychosen dadurch befreien, dass sie aus den Erfahrungen lernen, die Luxemburg in über vierzig Jahren EG-Zugehörigkeit gemacht hat.»

Natürlich drängt sich hier nun die Frage auf: Wie macht ein so kleines Land wie Luxemburg das nur, um seinen Willen gegenüber seinen doch um vieles grösseren Partnern durchzusetzen? Wie bringt es der kleinste EU-Staat immer wieder fertig, seine Interessen auf der grossen europapolitischen Bühne zu verteidigen und sich gegenüber den grösseren EU-Mitgliedsländern zu behaupten?

Das Durchsetzungsvermögen des Kleinstaates Luxemburg irritiert eine ganze Reihe von politisch interessierten Menschen, und das weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Es freut mich natürlich, dass meinem Heimatland so grosse Aufmerksamkeit geschenkt wird, und dass Luxemburg auch noch mit anderen Dingen Aufsehen erregt als nur mit seinem, nebenbei bemerkt, immer noch florierenden Finanzplatz. Es beunruhigt mich aber zugleich festzustellen, dass viele aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger glauben, kleine souveräne Staaten hätten weniger Durchsetzungsvermögen als grosse souveräne Staaten. Wer das glaubt, der verkennt nicht nur eine der Grundregeln des internationalen Völkerrechts – sprich: souverän ist souverän, egal ob gross oder klein –, sondern der verkennt auch das Basisprinzip, das einer internationalen Gemeinschaft wie der EU zugrunde liegt, nämlich das Prinzip der Solidarität. Die EU konnte nur zu dem werden, was sie heute ist, weil sie die Prinzipien der Rechtsgemeinschaft und der Solidarität immer hochgehalten hat.

Die Rolle, die ein kleiner Staat heute in der internationalen Politik spielen kann, ist eine doppelte. Sie stützt sich zum einen auf die Qualität seiner Nachbarschaftsbeziehungen, wobei der Begriff «Nachbarn» nicht unbedingt nur geographisch zu verstehen ist. Unter den heutigen Gegebenheiten wird ein Kleinstaat, um sein Sicherheits- und Orientierungsbedürfnis in der internationalen Politik zu befriedigen, vernünftigerweise

- entweder eine Anlehnung an diejenigen seiner Nachbarn (im weitesten Sinne) suchen, die ihm Schutz bieten und mit denen er sich – trotz des Grössenunterschiedes – mehr oder weniger identifizieren kann,

- sich um die Einbindung eben dieser Nachbarn in Bündnisse und supranationale Gebilde bemühen.

Um diese Aussage zu untermauern, verweise ich auf das Vorgehen Luxemburgs nach dem Zweiten Weltkrieg, das sowohl auf den Aufbau guter bilateraler Beziehungen zu allen Staaten bedacht war, mit denen es sich in einem politisch-kulturellen Gleichklang befand, als auch auf die Kooperation auf multilateraler Ebene, für die es dann auch seine Partner zu gewinnen versuchte.

Zum anderen lässt sich die Rolle, die ein kleiner Staat auf dem Parkett der internationalen Politik spielen kann, festmachen an den Möglichkeiten der Mitwirkung und dem Grad der Einflussnahme, die ihm aufgrund des Gewichts

gegeben sind, das er sich durch sein Mitgestalten und seine Initiativen in den Organisationen erwirbt, in denen er Mitglied ist.

Nehmen wir noch einmal das Beispiel Luxemburg. Die Mitgliedschaft in einer Solidar- und Wertegemeinschaft wie der EU garantiert Luxemburg nicht nur Zugang zu einem Markt, der etwa 900mal grösser ist als der mit knapp 430'000 Verbrauchern wirklich minime nationale luxemburgische Markt. Die EU-Mitgliedschaft gibt Luxemburg auch ein Partizipationsrecht auf der internationalen politischen Bühne, das es als Einzelgänger sicher nicht hätte. Erst durch seine Mitgliedschaft in der EU wurde die territoriale Quisquilie Luxemburg zu einem be- und geachteten Akteur auf der Weltbühne der internationalen Politik.

Bisher hat Luxemburg jedes Mal, wenn es im EU-Ministerrat und im Europäischen Rat den Vorsitz hatte, stets ausgezeichnete Kritiken bekommen, nicht zuletzt deshalb, weil die jeweiligen Luxemburger Ratspräsidentschaften von dem entschlossenen Willen getragen waren, der Gemeinschaft zu dienen und den europäischen Integrationsprozess ein Stückchen weiter voranzubringen. Des weiteren legte Luxemburg während seiner Ratsvorsitze stets grosse Unparteilichkeit an den Tag und machte nur selten (wenn überhaupt) Eigeninteressen oder gar besondere Forderungen geltend.

Luxemburg hat auch niemals den politischen Spielraum, den die Ratspräsidentschaft dem Ratsvorsitzenden unweigerlich bietet, dazu genutzt, um europäische Dossiers voranzutreiben, an denen das Land ein besonderes Interesse gehabt hätte. Im Gegenteil: Luxemburg setzte sich stets für die Belange der *ganzen* Gemeinschaft ein; und dieses wahrhaft vorbildliche europäische Agieren verlieh seinen bisherigen Ratspräsidentschaften eine ausserordentliche Dynamik.

Aber auch dann, wenn Luxemburg nicht im Rampenlicht des EU-Geschehens stand, und ebenfalls dann, wenn wir aufgrund unserer EG/EU-Mitgliedschaft mal eine schwere Stunde durchzustehen oder gar eine kleine Krise zu meistern hatten, haben wir zu unserem europäischen Engagement gestanden. Und gerade diese Tatsache hat sich für uns bezahlt gemacht und unser Ansehen bei unseren Partnern erheblich vergrössert. Luxemburg zählt heute zu den Musterbeispielen für gelungene EU-Integration. Diese Tatsache haben wir vor allem unserer Beharrlichkeit und unserem Festhalten an der vor gut vierzig Jahren genommenen Entscheidung zu verdanken, Mitglied der verschiedenen Europäischen Gemeinschaften zu werden.

Wir Luxemburger hatten sehr früh erkannt, dass die Übertragung von Souveränitätsrechten an eine supranationale Institution gerade für ein kleines Land nicht den Verlust dieser Souveränitätsrechte bedeutet, sondern das Gegenteil, nämlich die Absicherung dieser Souveränitätsrechte. Souverän ist doch nicht, wer nachvollzieht, was andere vorgeben – und diesen Nachvollzug dann auch noch mit dem Beiwort «autonom» schmückt – souverän ist aus Luxemburger Sicht nur, wer mit am Verhandlungstisch sitzt und somit auch mitbestimmen kann, was gemacht wird und in welche Richtung der Zug fahren soll. Und, nebenbei bemerkt: Was nutzt Souveränität, wenn man sie als Staat, und vor allem als kleiner Staat, alleine ausüben muss? Heute, im Zeitalter der Globalisierung, sicher nicht mehr besonders viel!

In seinem Buch *The Rise of the Virtual State* (1999) schreibt der bereits erwähnte Politologe Richard Rosecrance: «Es ist unvermeidlich, dass die Staaten alle Ereignisse aus ihrer nationalen Perspektive betrachten. Interessenskonflikte und Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert. Die Frage ist, auf welche Art und Weise diese Konflikte ausgetragen werden.» In der EU werden diese Konflikte durch einen auf dem Respekt vor den vitalen Interessen der Partnerstaaten basierenden Dialog geregelt, dessen Ziel es ist, eine konsensuelle und für alle involvierten Akteure zufriedenstellende Lösung herbeizuführen.

Die Zukunft der EU (und damit ganz Europas) wird in sehr wesentlichem Grade davon abhängen:

- Wie die Grossen künftig mit den Kleinen bzw. ihrer Angst vor einem jederzeit möglichen Direktorium der Kleinen umgehen.

- Auf welche Weise die Grossen ihre auch grösseren nationalen Interessen durchsetzen.

- Wie viel von *ihren* nationalen Interessen die Kleinen noch durchsetzen können.

Luxemburg – ein Modell für die Schweiz?

Wer nun abschliessend fragt, was die in Sachen europäische Integration immer noch Abstinenz übende Schweiz eventuell vom EG-Gründungsmitglied Luxemburg lernen könnte, der wird zuerst mit einem Problem der Grössen-

ordnung konfrontiert. Die Schweiz ist um einiges grösser (16 mal mehr Fläche, 17 mal mehr Einwohner) als Luxemburg. Bei einem EU-Beitritt hätte die Schweiz demnach auch mehr Abstimmungspunkte im Ministerrat und vermutlich auch mehr Abgeordnete im Europäischen Parlament als Luxemburg. Ergo müssten der Einfluss und die Macht der Schweiz in der EU auch grösser sein als der Einfluss Luxemburgs. Verallgemeinert hiesse das: Je grösser ein Land, desto grösser auch sein Einfluss bzw. seine Macht in der EU.

Stimmt dieser Grundsatz, dann muss folglich auch der folgende stimmen: Da Luxemburg bei weitem der kleinste EU-Mitgliedstaat ist (nach der Erweiterung: Malta), ist auch Luxemburgs Einfluss extrem gering. Folglich kann Luxemburg seine Interessen auf EU-Ebene kaum durchsetzen, und die Mitgliedschaft bringt dem Kleinstaat nur Nachteile. Dieser Grundsatz aber stimmt nicht. Würde die EU-Mitgliedschaft uns Luxemburgerinnen und Luxemburgern nur Nachteile bringen, so gäbe es ja wohl kaum eine logische Erklärung für unsere über 40jährige Mitgliedschaft, ausser vielleicht der, dass wir ökonomische und politische Masochisten sind.

Bleibt man in diesem Metaphernbereich, dann müssten logischerweise die grossen EU-Mitgliedstaaten, die ja angeblich die kleineren über den Tisch ziehen bzw. unter den Tisch reden, Sadisten sein. Die EU aber funktioniert keineswegs nach dem Sado-Maso-Prinzip (sonst würde sie nämlich längst schon nicht mehr existieren), sondern sie funktioniert nach den Prinzipien der Partnerschaft und der Solidarität. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die man anführen kann, um zu erklären, weshalb gerade ein so kleines Land wie eben Luxemburg seine Interessen auf EU-Ebene so gut durchsetzen kann. Hier nur die zwei wichtigsten:

- Die Tatsache, dass kleine Länder generell mit viel weniger bürokratischem Aufwand zu kämpfen haben als etwa Länder von der Grösse Frankreichs oder Deutschlands.

- Die dadurch *ab initio* gesicherte Flexibilität, die schnelle(re) Entscheidungen möglich macht.

Das allein reicht jedoch nicht aus, um sich durchzusetzen. Diejenigen, gegenüber denen man sich durchsetzen muss, müssen auch zulassen, dass man sich durchsetzen kann. In einer Solidargemeinschaft wie der EU ist das gegeben. Deshalb sind wir dort Mitglied.

Luxemburg hat nach 1945 seine Neutralität, die für uns in zwei Kriegen ohne Nutzen war, aufgegeben. 1951 sind wir der EGKS beigetreten. Wir sind aber immer noch ein souveräner Staat und bei uns wird auch noch immer «Lëtzebuergesch» gesprochen, d.h. wir haben trotz fast fünfzigjähriger EG/EU-Mitgliedschaft nichts von unserer nationalen Identität eingebüsst. Obwohl unser Nationalmotto lautet «mir wëlle bleiwen wat mir sin», sind wir der EGKS beigetreten. Und wir sind bis heute geblieben, was wir sein wollen: Gute Luxemburger und gute Europäer – das eine schliesst das andere nicht aus.

Aus dieser rein subjektiven Luxemburger Erfahrung heraus kann ich meinen Schweizer Freunden nur raten: Treten Sie der EU bei; bestimmen Sie autonom mit, statt scheinautonom nachzuvollziehen. Denn die Europäische Union ist – genau wie die Schweiz – eine generationenübergreifende Vorteilsgemeinschaft.

Résumé

Petits pays dans l'UE: «quantité négligeable» ou partenaires à plein titre? Les expériences du Luxembourg avec l'UE

Selon Romain Kirt, le débat sur l'intégration européenne n'est pas fondamentalement différent en Suisse et en Europe. On retrouve généralement les mêmes arguments contre l'intégration européenne, selon lesquels l'Europe serait une construction bureaucratique et antidémocratique, un directoire des grandes puissances, une communauté de crise. Sur la base des expériences européennes du Luxembourg, Kirt réfute un à un ces arguments. Loin d'être l'instrument des Grands, l'Union est une communauté solidaire, dont les mécanismes permettent aux petits Etats d'avoir une influence plus que proportionnelle à leur grandeur. En particulier, la supranationalité ne signifie pas une perte de souveraineté, mais bien son renforcement, puisqu'une autonomie bien comprise et utile dans un environnement globalisé consiste à participer au processus décisionnel plutôt qu'à se laisser dicter des conditions de l'extérieur.

Summary

Small countries in the EU – makeweights or partners with equal rights? About Luxembourg's experiences within and with the EU

Romain Kirt sees no fundamental difference between the debate on European integration within Switzerland and in other European countries. You will generally find the same arguments against European integration – which claim that Europe is a bureaucratic and anti-democratic construction, a directorate of the big powers, a community of crisis. Using Luxembourg's European experiences as an example, Kirt refutes these arguments one after another. Far from being the tool of the big players, the Union is a community based on solidarity, with mechanisms which permit small states to exercise a disproportionate influence in comparison to their size. In particular, supra-nationality does not mean a loss of sovereignty, but its reinforcement – because the autonomy it provides, if properly construed in the context of a globalised environment, enshrines participation in the decision-making process instead of letting others dictate conditions from the exterior.